

**Kontaktdaten:**

Dipl.-Pol. Fabian Jakobowitz  
Leibniz Universität Hannover (LUH)  
Philosophische Fakultät  
Institut für Politikwissenschaft  
Arbeitsbereich Politikfelder und Politische Verwaltung  
Schneiderberg 50  
30167 Hannover  
Tel.: 0511/762-17636  
<mailto:f.jakubowitz@ipw.uni-hannover.de>

**Verwissenschaftlichung von Gesetzesbegründungen auf Bundesebene**

Zahlreiche Autoren beobachten für Deutschland oder auch länderübergreifend einen Trend der Verwissenschaftlichung der Politik, einige sehen sogar eine Verwissenschaftlichung der gesamten Gesellschaft. Welches Wissen (und auf welche Art und Weise) in den Policy-Prozess eingespeist wird, ist von großer Bedeutung für die gesamtgesellschaftlichen Problemlösungsfähigkeiten und die Entscheidung für konkrete Policy-Lösungen.

Die Verwissenschaftlichung wird dabei aber oft nur behauptet oder an schwer erfassbaren Größen festgemacht. Zum Gesetzgebungsprozess gibt es multiple Zugänge, der Einfluss von Wissenschaft ergibt sich hier oft in einem langsamen Sickerprozess. Die Zunahme der Bedeutung wissenschaftlicher Beratung im Gesetzgebungsprozess wird von einigen Autoren an der gestiegenen Anzahl an Beratungsgremien des Bundestages festgemacht. Die genaue Anzahl ist aber schwer zu ermitteln, da das Beratungswesen wenig formalisiert ist. Damit ist es zumindest zweifelhaft, von einer stetigen Zunahme der Gremien auszugehen und es ist auch nicht sicher, was eine zahlenmäßige Zu- oder Abnahme für den Einfluss auf Policy-Prozesse zu bedeuten hat. Ähnliches gilt wohl auch für die Anzahl der Ressortforschungseinrichtungen, daher wird eine bessere Messung von Verwissenschaftlichung benötigt.

Über die Rolle von Gesetzesbegründungen im politischen Prozess gibt es nahezu keine Literatur. Sie werden aber sicher intentional produziert, da die Begründungen von Behörden und Gerichten bei der Implementation und Interpretation herangezogen werden. Außerdem

könnten sie expressive Funktionen aufweisen, die sich an Stakeholder oder Advocacy-Koalitionen richten.

Um diese Lücken schließen zu können drängen sich zunächst folgende Fragen auf:

- Gibt es eine Verwissenschaftlichung in Gesetzesbegründungen auf der Bundesebene in Deutschland?
- Wenn ja, gibt es Veränderungen über den Zeitverlauf?
- Wie unterscheiden sich dabei Politikfelder?

Es ist hierbei das Ziel, Verwissenschaftlichung in der deutschen Gesetzgebung auf Bundesebene (1.-18. Wahlperiode) mittels quantitativer Textanalyse messbar zu machen und mindestens Aussagen über die Veränderungen bei den Wissenschaftsbezügen im zeitlichen Verlauf und nach verschiedenen Politikfeldern treffen zu können. Für die quantitative Inhaltsanalyse der Gesetzesbegründungen soll ein Wörterbuch der Verwissenschaftlichung gebildet werden und dann damit Frequenzanalysen von Begriffen, die auf eine Verwissenschaftlichung hindeuten, durchgeführt werden. Daran schließen sich Frequenzanalysen für einzelne Teilzeiträume und Politikfelder an. Weitere Analysen würden dann von den Ergebnissen abhängig sein.

Um die Ergebnisse in einen Kontext der Ministerialverwaltung setzen zu können, kann die laufende Panel-Erhebung „Politisch-administrative Elite“ (PAE) genutzt werden. Sie wurde seit 2005 jeweils vor den Bundestagswahlen als Online-Befragung bei leitenden Beschäftigten aller Bundesministerien durchgeführt. In der Erhebung des Jahres 2017 findet sich zum ersten Mal eine Fragebatterie zur Nutzung wissenschaftlicher Expertise.

Mögliche Ergebnisse könnten sein, dass sich ein genereller Trend zur Verwissenschaftlichung nicht feststellen lässt, sich aber Unterschiede je nach Politikfeld zeigen und z.B. Umwelt-, Gesundheits- und Energiepolitik einen besonders hohen Grad an Verwissenschaftlichung aufweisen. Es könnten sich z.B. in Gesetzesinitiativen der Opposition vermehrt Bezüge auf wissenschaftliche Erkenntnis finden, um die eigene Argumentation zu untermauern.